Beschluss KONKRETE Wege gegen Wohnungslosigkeit

Gremium:	AK Soziales
Beschlussdatum:	09.11.2021
Tagesordnungspunkt:	2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammentwurf: Kapitel: WP-4 Solidarität sichern
Zeilennummer: 162

Neue Wege gegen Wohnungslosigkeit

Wohnen ist ein Menschenrecht! Unser Ziel ist, dass in NRW mehr Menschen in ihren Wohnungen bleiben können oder wieder ein Zuhause bekommen. Wir stärken den sozialen Wohnungsbau. Wir erreichen dadurch, dass auch Personen mit geringem Einkommen und in schwierigen Lebenslagen eine angemessene Wohnung finden.

Menschen, die bereits wohnungslos sind, brauchen wieder ein Dach über dem Kopf.

Dort, wo es noch keine ausreichenden Unterstützungsangebote für Wohnungslose gibt, bauen wir sie aus. Dazu gehören auch spezielle Angebote für Frauen, Jugendliche und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus unterstützen wir Familien, die wohnungslos geworden sind oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen in dieser familiären Notlage Schutz und Unterstützung. Der Ansatz “Housing first” bedeutet, Wohnungslose, ohne in Deutschland übliche Vorbedingungen wie “Trainingswohnen”, in eine normale Wohnung zu vermitteln. Zusätzlich werden persönliche Hilfen angeboten. Dadurch können sich die Betroffenen stabilisieren und wieder ein selbstbestimmtes Leben führen. Gerade Frauen bietet dieser Ansatz Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, die sie häufig im Tausch für Übernachtungsmöglichkeiten erfahren. Wir wollen “Housing first” in ganz NRW ausbreiten und sozialen Trägern und Kommunen helfen, geeignete Wohnungen dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

...soll ersetzt werden durch...

Neue Wege gegen Wohnungslosigkeit

Wohnen ist ein Menschenrecht! Dessen Umsetzung eine wichtige Priorität für die kommende Legislaturperiode sein wird. Unser Ziel ist, dass in NRW alle Menschen in NRW in ihren Wohnungen bleiben können oder wieder ein Zuhause bekommen. Wir werden den sozialen Wohnungsbau massivstärken und die Kommunen beim Kauf von Belegungsrechten für besonders schwer vermittelbare Mieter*innen unterstützen. So erreichen wir, dass auch Personen mit geringem Einkommen und in schwierigen Lebenslagen eine angemessene Wohnung finden.

Mit einem landesweiten Aktionsplan tragen wir als Land NRW zum EU-Ziel bei, bis 2030 Obdachlosigkeit zu einem Fremdwort zu machen. Obdachlose dürfen dabei nicht unter dem Aspekt der Gefahrenabwehr behandelt werden, sondern als Menschen mit gleichen Rechten und Würde. Menschen, die bereits wohnungslos sind, wollen wir wieder ein Dach über dem Kopf und eine dauerhafte, menschenwürdige Unterbringung

verschaffen. Sammelunterkünfte betrachten wir, genauso wie bei Geflüchteten, als Auslaufmodell.

Dort, wo es noch keine ausreichenden Unterstützungsangebote für Wohnungslose gibt, bauen wir sie aus, machen sie bedarfsgerechter und heben die Trennung in Notschlafstellen und Tagesaufenthalte auf. Wir brauchen auch spezielle Angebote für Frauen, queere Menschen, Jugendliche, Betroffene mit Haustieren und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus unterstützen wir Familien, die wohnungslos geworden sind oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen in dieser familiären Notlage Schutz und Unterstützung. Der Ansatz "Housing first" bedeutet, Wohnungslose, ohne in Deutschland übliche Vorbedingungen wie "Trainingswohnen", in eine normale Wohnung zu vermitteln. Zusätzlich werden persönliche Hilfen angeboten. Dadurch können sich die Betroffenen stabilisieren und wieder ein selbstbestimmtes Leben führen. Gerade Frauen bietet dieser Ansatz Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, die sie häufig im Tausch für Übernachtungsmöglichkeiten erfahren. Wir wollen "Housing first" in ganz NRW erheblich ausweiten und sozialen Trägern und Kommunen umfassend helfen, geeignete Wohnungen dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Wohnen ist ein Menschenrecht. Es ist in der EU-Sozialcharta sowie in der UN-Erklärung der universellen Menschenrechte explizit als Grundrecht definiert. Doch dieses Grundrecht wird jeden Tag mit Füßen getreten. Für uns als Menschenrechtspartei muss es eine klare Priorität sein, dies zu ändern!

Wir können nicht sagen, dass Wohnen ein Menschenrecht ist und dann zaghaft vorschlagen, wie es vermutlich absolut jede zur Landtagswahl antretende Partei sagen wird, dass wir MEHR Menschen bezahlbares Wohnen ermöglichen und ein Dach über dem Kopf geben wollen. Ein Grundrecht bedeutet schon per Definition, dass es für ALLE gilt. Dann lasst es uns auch so als Ziel formulieren!

Das Phänomen Wohnungslosigkeit ist auch ein Gradmesser dafür, wie eine Gesellschaft mit ihren schwächsten Gliedern umgeht. Vor allem in unseren Großstädten wird es von der Zivilgesellschaft als großes Problem wahrgenommen. Gerade vor dem Hintergrund der zahlreichen Farbanschläge auf Obdachlose in Köln in den letzten Wochen, gilt es jetzt, die Menschenwürde in den Vordergrund zu rücken.

Wenn wir Obdachlosigkeit zum Fremdwort machen wollen, wie es sich die EU unter einer CDU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf die Fahnen geschrieben hat, dann brauchen wir...

- eine massive Stärkung des sozialen Wohnungsbaus

- keine kosmetischen Verbesserungen und Sprechblasen, sondern einen umfassenden Ausbau von Housing First und eine deutlich stärkere Unterstützung der Kommunen beim Aufkauf von Belegungsrechten für explizit diese Zielgruppe

- keinen lokalen Flickenteppich an Maßnahmen, sondern einen landesweit koordinierten Plan

- mittelfristig eine Überwindung unwürdiger Sammelunterkünfte/Notschlafstellen, die das Recht auf Privatsphäre missachten und auch gesundheitspolitisch kaum zu verantworten sind

- die Aufhebung der unzeitgemäßen und menschenunwürdigen Trennung in Nacht- und Tagesaufenthalte verbunden mit der damit einhergehenden täglichen Retraumatisierung Betroffener

- schon jetzt bedarfsgerechtere Hilfsangebote, auch für queere Menschen und vor allem für Obdachlose mit Haustieren, solange das übergeordnete Ziel nicht erreicht ist

Lasst uns das Problem mutig und mit konkreten Konzepten angehen. Es ist auch zu wichtig, um es der politischen Konkurrenz zu überlassen.

Unterstützer*innen

Tanja Deiters (KV Köln); Achim Stump (KV Köln); Heike Havermeier (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Bertold Reining; Simon Bogumil-Uçan (KV Köln); Sandra Schmitz (KV Köln); Marvin Schuth (KV Köln); Peter Schmitz; Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Christian Becher (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Chris Cranz (KV Köln); Karl-Norbert Schaaf (KV Köln); Peter Ruther (KV Köln); Luise Zühl (KV Köln); Charlotte Kugler; Alexander Volk (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Daniel Bauer-Dahm (KV Köln); Astrid Maria Offer (KV Köln); Eike Danke (KV Köln); Phi Burghardt (KV Köln); Æther Flachmann (KV Köln); Jonas Kempe (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Michael Kutzera; Roland Schwarz (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Till Hoffmann (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Dr. Heike Havermeier; Markus Wagener; Maximilian Krupp (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln); George Heidbrink (KV Köln); Evelyn Rose-Thalheim